

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Daniel Bahr (Münster),
Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/316 –**

Westsaharakonflikt beilegen – UN-Friedensplan durchsetzen

A. Problem

Der völkerrechtliche Status der Westsahara ist seit Jahrzehnten umstritten. Über die Zukunft der Westsahara sollte in einem Referendum entschieden werden. Auf Grund von Schwierigkeiten bei der Feststellung der Teilnahmeberechtigten für ein Referendum kamen die Vorbereitungen dazu zum Stillstand. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen konstatierte in einem Bericht vom 19. Februar 2002 das Scheitern der bisherigen Lösungsversuche (Referendum bzw. Autonomieregelung). Mit Sicherheitsrats-Resolution 1429 verlängerte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 30. Juli 2002 das MINURSO-Mandat bis zum 31. Januar 2003. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als neues nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates aufgefordert, unverzüglich eine Initiative für die Aufstellung und Umsetzung eines strikten Zeitplanes zum Abschluss der Identifizierung der Abstimmungsberechtigten und anschließender unverzüglicher Durchführung des Referendums in der Westsahara zu ergreifen. Sie wird des Weiteren aufgefordert, auf ihre europäischen Partner einzuwirken, sich dieser Initiative anzuschließen und den Referendums- und Friedensprozess aktiv zu unterstützen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich im VN-Sicherheitsrat für eine unbedingte Verlängerung der MINURSO über den 31. Januar 2003 hinaus einzusetzen und zur Verwirklichung des Friedensplans im Bedarfsfall den Vereinten Nationen anzubieten, Militärbeobachter und Polizisten zu entsenden, sobald deutliche Schritte bei der Umsetzung des Friedensplans sichtbar sind. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, in Umsetzung der Resolution 1429 aus dem Jahre 2002 des VN-Sicherheitsrats dem UNHCR und dem Welternährungsprogramm einen sichtbaren Anteil an Hilfsmitteln zur Verfügung zu stellen, um bei der Überwindung der sich verschlechternden Ernährungslage unter den Flüchtlingen zu helfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/316 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/316 abzulehnen.

Berlin, den 12. März 2003

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühle
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichtersteller

Siegfried Helias
Berichtersteller

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstellerin

Markus Löning
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Siegfried Helias, Claudia Roth (Augsburg) und Markus Löning**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/316 in seiner 22. Sitzung am 30. Januar 2003 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme mit folgenden Änderungen:

In dem Antrag sollen unter Punkt 1 (Seite 1 vorletzte Zeile sowie Seite 2 zweite Zeile) die beiden Wörter ‚unverzüglich‘

gestrichen und unter Punkt 3 (Seite 2 dritter Absatz) das Datum in ‚31. März 2003‘ geändert werden.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 12. März 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 12. März 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung mit folgender Änderung:

In Ziffer 3 des Antrags auf Drucksache 15/316 soll das Datum ‚31. Januar 2003‘ gestrichen werden.

In dieser Fassung war er von der Antrag stellenden Fraktion zur Abstimmung gestellt worden.

Berlin, den 12. März 2003

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatte

Siegfried Helias
Berichterstatte

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstatte

Markus Löning
Berichterstatte